



Arbeitsgemeinschaft Alter

Drei Gründe für ein NEIN zur AUSSCHAFFUNGSINITIATIVE

Keine Apartheid-Justiz einführen!

Die Diskriminierung von AusländerInnen soll nicht in der Verfassung verankert werden. Das Recht muss für alle gleich sein. Ob eine Straftat von einem Schweizer oder Ausländer verübt wird, bleibt gleichermaßen kriminell und verwerflich für beide Menschen.

Secondos gehören in die Schweiz!

Viele der AusländerInnen sind hier geboren, aufgewachsen und gleichwertige BürgerInnen, auch wenn sie keinen Schweizer Pass besitzen. Sie gehören in unsere Gesellschaft. Wir können die Ursachen von Straftaten nicht einfach ausschaffen.

Verhältnismässigkeit wahren!

Wenn sich die begangene Straftat auf einen kleinen Ladendiebstahl oder auf die Verheimlichung eines Zusatzverdienstes von Fr. 100.- bei einem Sozialhilfebezüger / einer Sozialhilfebezügerin bezieht, bedeutet dies bereits die Ausweisung. Dies entbehrt jeglicher Verhältnismässigkeit und darf keinen zwingenden Grund für eine Ausschaffung darstellen.

Fazit 1: Wir sagen deshalb zur Initiative klar NEIN.

Wir stimmen aber auch über einen **GEGENVORSCHLAG** ab, der von den Mitteparteien ausgearbeitet wurde. Die SP-Fraktion sagte dazu mehrheitlich JA aus folgenden Gründen:

Integrationsartikel:

Aufgrund von harten Verhandlungen ist es der SP gelungen, einen Integrationsartikel in den Gegenvorschlag einzubringen, der im Vergleich zum heutigen Ausländergesetz eine Verbesserung für AusländerInnen darstellt.

Verhältnismässigkeitsklausel:

Im Gegenvorschlag wurde eine Verhältnismässigkeitsklausel aufgenommen. Eine mögliche Ausschaffung muss vom Einzelrichter zwingend auf ihre Verhältnismässigkeit sowie ihre Vereinbarkeit mit dem Völkerrecht geprüft werden.

Wirtschaftskriminalitätsnorm:

Es wurde auch ein Artikel zur Wirtschaftskriminalität in den Gegenvorschlag aufgenommen, welche nicht als Kavaliersdelikt behandelt wird.

Fazit 2: Wir befürworten den Gegenvorschlag, weil:

- diese Vorlage dem heutigen Gesetz und der geltenden Praxis in etwa entspricht;
- es sich um einen Kompromiss handelt, um Schlimmeres zu verhüten - ohne diesen Gegenvorschlag ist zu befürchten, dass die SVP-Initiative angenommen wird.